

Thema: Prater Wien

Autor: mayr

# Gutachten untermauern Riesenradplatz-Desaster

Von Christian Mayr

## ■ Prüfer Havranek: Stadt hat Schuld.

Wien. Rechtzeitig zur Fußball-EM 2008 musste er fertig werden - der Riesenradplatz als neues Entrée in den Prater. Fertiggestellt wurde er zwar, doch die Nachwehen des Baudesasters beschäftigen immer noch Justiz und Stadtpolitik. Mitten im Wahlkampf präsentierten die Grünen am Montag die von der Staatsanwaltschaft angeordneten Gutachten, die der Stadt Versagen vorwerfen.

Zur Erinnerung: Die projektierten Baukosten von 32 Millionen Euro verdoppelten sich nahezu auf knapp 60 Millionen Euro. Die als Generalbauunternehmer beauftragte Firma „Explore 5D“ wurde wegen Unstimmigkeiten gekündigt und musste Insolvenz anmelden, weshalb die involvierten Baufirmen mit einer 40-Prozent-Quote abgespeist wurden. Daraufhin aktivierten die Grünen die Staatsanwaltschaft, die ein Wirtschaftsgutachten des Prüfers Thomas Havranek einholte. Dieser stellte fest, dass es sich dabei letztlich um ein Projekt der Stadt

seinem Vertrag entlassen worden, was Havranek als „wirtschaftlich in keinster Weise nachvollziehbar“ klassifiziert.

### Wo sind die Millionen?

Zudem wird der Verdacht ausgesprochen, dass „durch die Ignoranz der Mehrkosten ein Ausgleich produziert wurde“, um daraus einen wirtschaftlichen Vorteil auf dem Rücken der Gläubiger zu erlangen.

In einem vergaberechtlichen Gutachten wird weiters festgestellt, dass die RRPE als öffentlicher Auftraggeber gilt und daher eine Ausschreibungspflicht

Wien gehandelt habe, „das ausschließlich in der Verantwortung Riesenradplatz-Errichtungsgesellschaft“ (RRPE) - also der 100-Prozent-Tochter - gelegen habe. Ergo sei auch die Stadt dafür verantwortlich, dass mit „Explore 5D“ ein Totalunternehmer ausgewählt wurde, der einen „offensichtlichen Mangel an Erfahrung in der Umsetzung solcher Projekte“ aufwies. Kritik äußert Havranek auch am Vorgehen mit einem Pächter, der ob seiner Umplanungswünsche massive Mehrkosten verursacht hätte: Der Pächter sei letztlich ohne Forderungen aus

gewesen wäre. Brisant ist laut der grünen Planungssprecherin Sabine Gretner nicht nur die Rolle der 2009 zurückgetretenen SPÖ-Vize-Bürgermeisterin Grete Laska, die sich mehrfach bei Baudetails eingemischt habe, sondern auch der Verbleib von rund sechs Millionen Euro. „Hier ist jetzt die Staatsanwaltschaft gefordert“, so Gretner.

Ex-RRPE-Chef Georg Wurz rechnet nicht mit einer Anklage und widerspricht laut „Trend“: „Wir können nachweisen, dass der Ausgleich die einzig mögliche wirtschaftliche Entscheidung war.“ ■